

# Internet-Fachwissen für die EU aus Hildesheim

Uni-Professorin Kneuer zeigt Menschenrechts-Ausschuss die Grenzen des Netzes bei Demokratisierungen auf

VON RAINER BREDA

**HILDESHEIM.** Wenn es um die Frage geht, ob das Internet zur Demokratisierung beitragen kann, ist Marianne Kneuer bundesweit als Ansprechpartnerin gefragt. Nun hat die 50-Jährige Politikwissenschafts-Professorin, die an der Universität Hildesheim forscht, mit ihrem Wissen das Europäische Parlament bereichert. So beschäftigten sich die Ausschüsse für Internationalen Handel und für Menschenrechte dieser Tage mit den Folgen digitaler Überwachung auf die Menschenrechte. Dass Kneuer sich damit auskennt, wusste die Hildesheimer EU-Abgeordnete Godelieve Quisthoudt-Rowohl aus erster Hand: Die CDU-Politi-

kerin ist Honorar-Professorin in Kneuers Uni-Institut. Und so lud sie die Wissenschaftlerin zu der Sitzung in Brüssel ein.

Kneuer stellte ihre Forschungsergebnisse zur Rolle der Internetfreiheit in Autokratien vor. Dabei dämpfte sie die positiven Erwartungen in Sachen Internet: Auch wenn die neuen Medien, etwa beim arabischen Frühling, eine wichtige Rolle beim Protest gespielt hätten, lasse sich daraus nicht der Umkehrschluss ziehen, dass sie stets eine demokratiefördernde Wirkung haben müssten. Im Gegenteil zeigten China und die Vereinigten Arabischen Emirate, dass Staaten das Internet und dessen Foren erfolgreich instrumentalisierten. Solche Systeme könnten ihre Regime über das Netz



Politik-Expertin Marianne Kneuer wirkt seit fünf Jahren an der Hildesheimer Uni.

stabilisieren, in dem sie die Bürger kontrollierten. Ähnlich hatte sich Kneuer bereits gegenüber dieser Zeitung geäußert: „Das Internet ist ein neutrales Medium, das von allen Akteuren genutzt werden kann – von Demokraten ebenso wie von Autokraten und Radikalen.“

Den Ausschüssen ging es unter anderem um die Frage, ob der Export von Überwachungs-Software an Autokratien stärker kontrolliert werden sollte. Quisthoudt-Rowohl und Kneuer setzen mehr darauf, etwa Staaten in Nordafrika und im Nahen Osten, deren Entwicklung bei der Internetfreiheit noch offen sei, durch Demokratie-Schulungen und Unterstützungsprogramme den Weg zu weisen.